

## **Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat**

### **betreffend Wasserversorgung Waldenburg AG - Wie weiter?**

2017/560

vom 28. Juni 2019

#### **1. Ausgangslage**

Mit dem Postulat wird der Regierungsrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie der Kanton seiner Verpflichtung zur Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs gemäss § 2 des Wasserversorgungsgesetzes nachkommen will und mit welchen konkreten Lösungsvorschlägen und Massnahmen er die Versorgungssicherheit im Waldenburgertal wieder herstellen und aufrechterhalten kann.

Der regierungsrätliche Bericht hält fest, dass die Wasserversorgung im Waldenburgertal grundsätzlich gut funktioniert. Auch in trockenen Sommern wie im 2018 gab es keine Engpässe in der Bereitstellung von Wasser. Wo nötig und sinnvoll sind die Arbeiten der einzelnen Wasserversorgungen der Gemeinden und der Wasserversorgung Waldenburg AG (WVW AG) miteinander abgestimmt. Es liegen dem Kanton keine Hinweise vor, dass im Waldenburgertal unkoordiniert vorgegangen würde.

Die Regierung ist sich der strukturellen Schwächen der Wasserversorgung im Waldenburgertal bewusst. Die organisatorischen und betrieblichen Strukturen der Wasserversorgungen im Waldenburgertal sind aufgrund historischer Gegebenheiten gewachsen und ein relativ komplexes Gebilde. Es ist daher unbestritten, dass für die Zukunft Handlungsbedarf besteht. Die aktuelle Situation rechtfertigt aber kein notfallmässiges Eingreifen des Kantons in die Gemeindeautonomie. Es wird darauf hingewiesen, dass der politische Wille für eine Zusammenarbeit noch zu wenig ausgeprägt ist. Dieser muss aber für eine Reorganisation der Wasserversorgung, bei welcher alle Gemeinden einen Teil ihrer Anlagen und Kompetenzen an eine regionale Trägerschaft abgeben, bei allen beteiligten Akteuren vorhanden sein.

Die Vorlage zeigt mögliche Lösungsansätze auf. Dabei wird der Blick auf alle Wasserversorgungen im Waldenburgertal gerichtet und nicht nur auf die WVW AG; letztere liefert nur rund ein Fünftel des jährlichen Wasserbedarfs der ganzen Region an die Berggemeinden. Der Kanton wird im Prozess der Zusammenarbeit der Wasserversorgungen im Waldenburgertal eine koordinative Rolle übernehmen. Ziel ist, dass die notwendigen Massnahmen umgesetzt und die Zusammenarbeit gestärkt werden, um eine aus regionaler Sicht optimierte Entwicklung der Wasserversorgungs-Infrastruktur zu ermöglichen.

Der Regierungsrat empfiehlt dem Landrat, das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

#### **2. Kommissionsberatung**

##### **2.1. Organisatorisches**

Die Vorlage wurde von der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) an den Sitzungen vom 29. April und 20. Mai 2019 im Beisein von Regierungsrätin Sabine Pegoraro und Generalsekretärin Katja Jutzi beraten. Für Auskünfte zur Vorlage standen Adrian Auckenthaler, Leiter Abteilung Geo-

logie und Wasser Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) sowie Yves Zimmermann, Leiter AUE, zur Verfügung.

## **2.2. Eintreten**

Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten.

## **2.3. Detailberatung**

Grundsätzlich stellte die Kommission fest, dass es sich bei der Wasserversorgungsthematik nicht ausschliesslich um ein Problem im Waldenburgerthal handle, sondern um eines, das generell im Kanton bestehe und eine Lösung erfordere. In diesem Zusammenhang wurde auf den von der UEK am 9. Mai 2019 eingereichten Kommissionsvorstoss «Regionalisierung der Wasserförderungs- und Aufbereitungsanlagen» verwiesen, welcher der notwendigen Regionalisierung der Wasserversorgung im gesamten Kanton Nachdruck verleihen und die Verwaltung bei der übergeordneten Planung zu unterstützen beabsichtigt. Im Waldenburgerthal würde ein weiteres, unkoordiniertes Vorgehen ohne entsprechende Massnahmen dazu führen, dass der Wasserpreis in den höher gelegenen – und meist finanzschwächeren – Gemeinden in den kommenden Jahren massiv ansteigt.

Die Verwaltung versprach, dass nach einer ersten Informationsveranstaltung des AUE für das Waldenburgerthal vom 23. Mai 2019 die gesamte Region überprüft werde. Um die Wasserversorgung sicherstellen zu können, müsse eine Ausweitung und langfristig eine organisatorische Annäherung erfolgen. Diesen Prozess versucht man voranzutreiben, indem das gemeinsame Verständnis gefördert wird. Letztlich sind aber die Gemeinden gefordert, sich betreffend Wasserversorgung untereinander zusammenzuschliessen.

Ein Kommissionsmitglied bemängelte, man sei heute weiter denn je vom ursprünglichen Gedanken einer regionalen Wasserversorgung im Waldenburgerthal entfernt; und dies trotz jahrelangen Bemühungen. Von den sieben Gemeinden verfüge nur eine über das gesetzlich geforderte Generelle Wasserversorgungsprojekt (GWP). Leitungsbauten von angrenzenden Gemeinden würden ohne Absprache geplant und ausgeführt, Synergieeffekte durch eine übergeordnete Planung gebe es nicht. Man suche nur noch den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die Verwaltung entgegnete, dass die Wasserversorgung im Waldenburgerthal heute weitgehend funktioniere; gewisse Defizite seien aber nicht von der Hand zu weisen. Die Regionalisierungspläne des Kantons würden grundsätzlich begrüsst. Die Wasserversorgung sei den Bewohnern des Waldenburgerthals ein Anliegen. Der Vorschlag der Verwaltung, dass das Hauptleitungsnetz grosso modo von den Talgemeinden übernommen werden soll, sei bisher nicht auf deren Widerstand gestossen. Jedoch fehle in Bezug auf die Frage der Organisation und der Zusammenarbeit noch der politische Wille. Auch wenn es um die konkreten Anlagen respektive deren Alter, Wert und Sanierungsfragen gehe, brauche es von Seiten Kanton viel Überzeugungsarbeit.

Aufgrund dieser Gegebenheiten versucht der Kanton im Waldenburgerthal in erster Linie, auf technischer Ebene die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, u.a. mittels einer Verbindungsleitung von Hölstein nach Bubendorf. Eine gemeinsame Planung und der Bau von Primäranlagen (Wasserfassungen, Wasserspeicher etc.) werden als langfristiges Ziel betrachtet, da dies im aktuellen Umfeld kaum bewerkstelligt werden könne. Reservoirs mit Überkapazitäten sollen verkleinert und die bestehende Zusammenarbeit unter den Gemeinden gefördert werden. Möglicherweise kann daraus eine regionale Zusammenarbeit erwachsen.

Ein anderes Kommissionsmitglied stellte fest, dass die Grundwasserschutzzone oft die Grenze zur Nachbargemeinde überlappen. Daher muss über die Gemeindegrenzen hinaus gedacht werden, vielleicht sogar über die Grenzen der Wasserversorgungsregionen hinaus. Wasser ist zudem ein öffentliches Gut, das vorwiegend im Tal vorkommt. Neben einem grossen Mass an Solidarität ist auch ein gewisser Druck von Seiten Kanton notwendig, um ein System zu entwickeln, das der ganzen Bevölkerung dient. Der von der UEK eingereichte und überwiesene Kommissionsvorstoss

wünscht, dass dieser Prozess vom AUE mit einem gewissen Druck begleitet wird. Gleichzeitig soll der Vorstoss die Kantonsvertreter bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen unterstützen. Die Lösung kann nicht allein darin bestehen, ein paar Leitungen zu bauen und Technik zur Verfügung zu stellen.

Gemäss Auskunft der Verwaltung will man die ergiebigen Quellen in Oberdorf und Niederdorf beibehalten und weiterhin betreiben. Danach werden entsprechend dimensionierte Verbindungsleitungen erstellt, um die Regionen mit Wasser versorgen zu können. Wo nötig, geht man über die Grenzen der Wasserversorgungsregionen hinaus. Auch versicherte die Verwaltung, dass der Wunsch der Kommission bereits aufgenommen worden sei. Einerseits ist im VAGS-Projekt die Zusammenarbeit ein wichtiges Thema und andererseits wirken im Steuerungsausschuss Wasserstrategie Regierungsrätin Sabine Pegoraro und Regierungsrat Isaac Reber darauf hin. Die Verwaltung bedankte sich für die parlamentarische Rückenstärkung durch die UEK. Das AUE arbeite schon länger als drei Jahre an dem langwierigen Prozess, welcher letztlich ein Umdenken erfordere.

Die Kommission äusserte den Wunsch, regelmässig über den Gang des Prozesses informiert zu werden – Erfolge, Misserfolge etc. Nur so sei es der Kommission möglich, bei Bedarf ihre Unterstützung zu verstärken.

### **3. Beschluss der Kommission**

Die Umweltschutz- und Energiekommission beschliesst mit 10:0 Stimmen ohne Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

28.06.2019 / ble

#### **Umweltschutz- und Energiekommission**

Franz Meyer, Präsident

